

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post

monatlich . . . Kz 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
ganzzährig . . . 192.—

Abrechnung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung des Retourmarktes.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich 1700.

3. Jahrgang.

Samstag, 8. September 1923.

Nr. 210.

Wähler und Wählerinnen!

Wenige Tage noch und Euer Stimme wird entscheiden, in wessen Hände auf Jahre hinaus das Schicksal der Gemeinden gelegt werden soll. Die Gemeinde aber, das seid Ihr, ihr Schicksal ist auch das Eure. Euer Wohl und Wehe ist es also, worum es geht.

Im alten Oesterreich schloß die starke Mauer des Wahlrechtsprivilegs alle emsig schaffenden aber beschloßen Gemeindeglieder von der Verwaltung der Gemeinden aus. Nicht die fähigsten Köpfe, nicht die Vertreter der zahlreichsten Volksklasse, nicht die stärksten Parteien hatten die Gemeinde zu betreuen, Besitz und Steuerleistung allein verliehen dieses Recht. Erst als der alte Staat in Schutt und Schande versank und die Stürme der Revolution dahinbrausten über unser Land, setzten sie auch

das alte Unrecht

hintweg, das die Gemeindeglieder zur ausschließlichen Herrschaftsdomäne der Besitzenden gemacht, die Besitzlosen aber zu rechtlosen Heloten erniedrigt hatte. Frei war der Weg, getragen vom Vertrauen der Wähler hielten Vertreter der Arbeiter, Sozialdemokraten, in die Gemeindestuben ihren Einzug, begleitet vom Haß und Hohn der bisherigen Machthaber und der Klassen, die sie vertraten.

Traurig war das Erbe, das sich vorfand: Geleerte Kassen, alte Schulden, durch oft riesenhafte Kriegsanleihezeichnungen fantastisch gesteigert, Vernachlässigungen der Agenden der Gemeinden auf allen Gebieten, dazu neue gewaltige Aufgaben, entspringend vor allem dem enormen Wohnungselend und der Wirtschaftskrise mit ihrer grauenhaften Gefolgschaft, der ungeheuren Arbeitslosigkeit. Mit dem Aufwande aller Kräfte, in aufopfernder, zäher Arbeit haben unsere Genossen das Menschenmöglichste getan, um die Gemeindeverwaltungen aus dem Chaos herauszuführen. Alte Schulden wurden getilgt, die Gemeindeentnahmen gesteigert, Notstandsarbeiten ausgeführt, der Armen- und Wohlfahrtspflege, der Erhaltung und Ausgestaltung des Schulwesens äußerste Sorgfalt angewendet. Nur wilder Haß und enghirnige Borniertheit der entthronten Besitzklassen kann die Erfolge dieser Bemühungen leugnen, bestreiten, daß neues Leben die muffige Luft aus den Gemeindeverwaltungen gedrängt hat!

Doch ein Anfang nur konnte es sein, was bisher vollbracht ist. Noch bleibt unendlich viel zu tun.

Der Staat hat die Autonomie der Gemeinden eingezogen,

ihr freies Entschlußrecht gedrosselt, ihnen die Möglichkeit zur Beschaffung der erforderlichen Mittel verhindert. Darum Kampf gegen diese Bevormundung, für die freie Selbstverwaltung, für eine größere Steuerhoheit der Gemeinden! Auf dem Gebiete der

Wohlfahrtspflege

sind eine ganze Fülle von Aufgaben noch ungelöst. Noch fehlt es an Säuglingskrippen und Wäckerheimen, an Kinderhorten und -Krippen, an Waisenanstalten und Schulärzten, an der notwendigen Hauspflege der Wöchnerinnen, um die werdende Generation zu schützen, das Massensterben der Kinder des Proletariats zu bekämpfen. Die Regelung und Ueberwachung des ärztlichen Dienstes, die unentgeltliche Behandlung unversicherter Armer, Vorkehrungen zur Seuchenbekämpfung, die Ausgestaltung der Krankenhäuser, die Schaffung von Genesungs- und Erholungsheimen, von Tuberkuloseheilanstalten, die wirksame Ueberwachung der Erzeugung und des Vertriebes der Lebensmittel sind dringende Gebote der Fürsorge im Interesse der Volksgesundheit, die weitere Ausgestaltung der Armenpflege ist ein Erfordernis der Menschlichkeit. Die Sparwut der Besitzklassen ließ die Schulen der Armen verkümmern. Den Ausbau des Schulwesens, ver-

hunden mit der Beseitigung des Schulgeldes an allen Lehranstalten, die Einführung der Schülerauspeisungen und der unentgeltlichen Bereitstellung der Lernmittel fordern wir, damit die Kinder der Armen wirklich lernen können und die moderne Kultur Gemeingut des ganzen Volkes werde. Der systematische Kampf gegen das unerträgliche mörderische Wohnungselend muß ernste Aufgabe der künftigen Gemeindeverwaltung sein.

Wähler und Wählerinnen! Wollt Ihr, daß im Rahmen der gegebenen Möglichkeit zur Wirklichkeit werde, was wir von den Gemeinden an sozialer Pflichterfüllung heischen, dann

wählt nicht die Vertreter der Besitzklasse,

die Euerem Elend kaltherzig gegenüberstehen und die, fanatisch an ihrem Gelde hängend, alle Ausgaben scheuen, die die Förderung Eurer Wohlfahrt, der Schutz der Armen, Kranken und wirtschaftlich Schwachen erfordern würde.

Wählt die Sachwalter der Arbeitenden und Enterteten, die Vertreter der Sozialdemokratie! Die Bedeutung des Wahlergebnisses ist in seiner Wirkung keineswegs auf die künftige Kommunalpolitik beschränkt, sie greift weit darüber hinaus. In banger Sorge um die Erhaltung ihrer Macht haben die in der Regierungskoalition vereinten Parteien diesen Wahlkampf ein Jahr lang verschleppt, sie wissen, daß der Wahlausfall

das brüchige Gebäude der parlamentarischen Regierungsmajorität

leicht zum Wanken und Zusammenbrechen bringen kann. Den Gemeindegliedern würde dann die Neuwahl ins Parlament folgen. Die Vertreter der Agrarier erhoffen die Steigerung ihrer Macht, um durch hohe Lebensmittelpreise die beschloßenen Massen noch skrupelloser auszuwuchern zu können, die Alexander I. lauern darauf, kraftvoller als bisher den Kampf gegen die freiherrlichen Ertragsparasiten zu führen, die Gesamtheit der Feinde der Arbeiterklasse aber in Stadt und Land ersehnt eine Mehrung ihrer Macht, um den Abbau des Arbeiterschutzes, der Fürsorge für die Arbeitslosen durchzuführen, den grimmig gehetzten Achtstundentag beseitigen zu können. Und ob die Sozialversicherung, das oft verheißene Kampfziel des Proletariats seit Jahrzehnten, nun endlich zur Wahrheit werden wird, oder ob es unseren Klassengegnern abermals gelingt, die Arbeiterklasse um diese dringendste soziale Notwendigkeit zu betrügen, das hängt in hohem Maße von dem Ergebnis dieses Wahlkampfes ab.

Arbeiter, Arbeiterinnen! Selbstmörderisch wäre die Stärkung der Parteien durch Euch, die das Interesse des Besitzes schützen und den sozialen Fortschritt hassen. Selbstbetrug wäre Eure Gleichgültigkeit!

Mit seltener Erbitterung haben sich alle Parteien in den Wahlkampf gestürzt; erkennt aus dem Streben der bürgerlichen Parteien, ihre Macht zu stärken, wie sehr es dabei um Euer eigenes Lebensinteresse geht!

Arbeitende Frauen!

Könntet Ihr vergessen, daß die Parteien des Bürgertums, die nun um Eure Stimmen buhlen, den Krieg bejubelt und verlängert, vier Jahre hindurch unsägliches Elend auf Euch gehäuft, Euch dem bittersten Hunger, der qualvoll-peinigenen Sorge um das Schicksal Eurer Lieben im Felde erbarmungslos überlassen haben? Könntet Ihr vergessen, wie viel von Euch zu Witwen, wie viele der Kinder zu waisen geworden, während diese Parteien immer noch nach der Fortsetzung des Krieges schrien? Und könntet Ihr vergessen,

daß alle diese Parteien Feinde des Wahlrechtes der Frauen gewesen sind? Mit Spott und Hohn haben sie geantwortet, wenn Ihr, wie allein es die Sozialdemokratie verlangte, mitsprechen wolltet in Staat und Gemeinde, die für Euch nur Pflichten, aber keine Rechte kannten. Nun fordern die Eure Stimme, die Euch das Stimmrecht immer verweigert haben. Schmachvoll und ehrvergessen wäre es, wolltet Ihr diesen Lockungen folgen, den gleichnerischen Verheißungen glauben. Keine Eurer Stimmen falle den bürgerlichen Parteien zu!

Arbeiter, Arbeiterinnen! Auch die

Kommunisten

werben heute um Eure Stimmen, sie, die Wahlrecht und Demokratie als lächerlichen Firtelanz verschrien haben. Denkt am Wahltag daran, daß sie vollbracht haben, was bisher noch keiner Partei gelang, was der rückwärtslose Terror der Unternehmer, was die Verfolgungswut der Büttel des Klassenstaates nicht vermochten: Sie haben die Arbeiterklassenbewegung gespalten und mit ihrer Einigkeit die Kampfkraft des Proletariats geschwächt, der politischen und wirtschaftlichen Reaktionen den Weg gebahnt.

Genossen und Genossinnen! So grimmig sich sonst die

bürgerlichen Parteien

befehlen, dem Proletariat gegenüber stehen sie in geschlossener Front. Mit vereinter Kraft gedenken sie uns den Einfluß in Staat und Gemeinde zu entwenden, den sozialen Fortschritt zu hemmen, uns unsere Errungenschaften wieder zu entreißen. Mit allen Mitteln der Lüge, der Fälschung und der Einschüchterung suchen sie Euch zu betören. Und die Gelben, die Büttel des Kapitals, die Organisations des Klassenverrates sind ihre Helfer. In Jahrzehnte langen Kämpfen, unter unsäglich schweren Opfern von zehntausenden, verfolgt von den Mächtigen mit Hunger und Elend, Haß und Hohn, habt Ihr Euch das Recht, zu wählen, geholt aus eigener Kraft. Wollt Ihr zugeben, daß Eure Feinde Euch nun betrügen können um des schweren Kampfes Ertrag?

Zwei Welten ringen in diesen Tagen um den Erfolg — die Welt des behaglichen Besitzes und die der Arbeit und des Elends. Gebraucht das schwererwordene Recht, zu wählen, um Eure Feinde zu schlagen!

Klärt auf Eure Schicksalsgenossen, tragt Erkenntnis in ihre Hirne, gießt Feuer in die Herzen, rüttelt die Saumseligen auf und macht stark die Entschlußkraft der Schwachen!

Klasse ringt gegen Klasse — wer arbeitet und darbt, der trete in unsere Front!

Nieder mit der kapitalistischen Ordnung der Ausbeutung und Unterdrückung, Kampf allen Söldlingen der Kapitalherrschaft, den Preisfechtern der Besitzklassen und der Rückwärtserei! Für den Aufstieg des Proletariats in Stadt und Land, für den befreienden Sozialismus!

Der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei.

Der 17. Streiktag.

Die Streikleitung gegen Minister Erba. — Montag Beratungen mit den Unternehmern.

Die Streiklage ist unverändert.

In Ausführung des Beschlusses der Reichskonferenz werden dem Minister für öffentliche Arbeiten Einwendungen gegen seine Rundgebung am 5. d. M. überreicht werden.

Auf die Einladung des Sekretariates der kommunistischen Partei an die Zentralstreikleitung, einer von der kommunistischen Partei für den heutigen Tag einberufenen Beratung beizuwohnen, wird geantwortet, daß die Zentralstreikleitung mit Rücksicht auf den Beschluß der Reichskonferenz, in dem die politischen Parteien ersucht werden, in den Streik nicht einzugreifen, dieser Einladung nicht entsprochen werden kann.

Das Ministerium für öffentliche Arbeiten übermittelte der Zentralstreikleitung Daten über die Kohlenpreise und lud zu einer gemeinsamen Sitzung mit den Unternehmern für den 10. September im Ministerium für öffentliche Arbeiten ein. Diese Beratung soll dazu dienen, die überreichten Daten zu überprüfen und den Standpunkt der Parteien festzustellen.

Die nächsten Verhandlungen.

Prag, 7. September. Das Ministerium für öffentliche Arbeiten gibt bekannt: Das Ministerium für öffentliche Arbeiten hat auf Grund der am 5. September vom Minister für öffentliche Arbeiten gegenüber den Gewerkschaftszentralen gemachten Erklärung die beteiligten Parteien auf Montag Nachmittag zu einer Beratung eingeladen, um die für die Erledigung des Bergarbeiterkonfliktes wichtigen unsfrühtigen Daten festzustellen. Auf Ersuchen einer Streikpartei wurde diese Beratung auf Mittwoch, den 12. September verlegt, um das umfangreiche Material prüfen zu können.

Die Kohlennot im Lande.

Weitere Betriebsstellungen in Brüx.

Die Brüxer Stahlwerke müssen wegen Kohlenmangel ihren Betrieb einstellen, wodurch 130 Arbeiter arbeitslos werden. Die Licht- und Gasversorgung der Stadt Brüx erscheint vorläufig noch gesichert. Ungünstiger liegen die Verhältnisse beim Obergroßhändler Elektrizitätswert, das infolge Kohlenmangels zu einer Einschränkung des Stromverbrauches schreiten mußte. Die Stromlieferung an die Industriewerke, vor allem an die Weberei der Firma Jantsch in Mariental wurde überhaupt eingestellt, so daß der Betrieb nicht aufrecht erhalten werden kann. Dadurch sind dort 350 Arbeiter ohne Arbeitsmöglichkeit.

Kohlenmangel in Tepliz und Gablonz.

Der Stadtrat Tepliz-Schönan gibt bekannt: Solange die unausgesehenen Unternehmungen wegen Kohlenmangels nicht Erfolg haben, wird die Gasabgabe unter nur etwas ermäßigtem Druck zunächst auf die Tageszeit von mittag 12 Uhr bis nachts 12 Uhr eingeschränkt. In der übrigen Zeit muß der Gasdruck bis auf weiteres auf das geringst mögliche Maß herabgesetzt werden. — Der Gablonzer Stadtrat teilt mit: Infolge des andauernden Bergarbeiterstreikes und des dadurch hervorgerufenen Kohlenmangels sind Beschränkungen in der Stromabgabe aus dem städtischen Elektrizitätswert und der Ueberlandszentrale Gablonz a. N. notwendig. Der Stadtrat hat daher beschlossen, vorerst ab heute die öffentliche Beleuchtung ausschließlich durch das städtische Gaswerk besorgen zu lassen. In der nächsten Woche werden Beschränkungen in der Kraftstromabgabe eintreten müssen.

Benes verhandelt mit den Ungarn.

Genf, 6. September. Donnerstag nachmittags konferierte Dr. Benes mit Bethlen und Daruvarn, wobei sämtliche zwischen den beiden Ländern noch unerledigten Fragen in sehr verständlicher Weise zur Erörterung gelangten. Dieser ersten Besprechung wird in der nächsten Zeit eine zweite folgen.

Der Böttcherbund verlegt sich.

Genf, 7. September. Die Böttcherbundversammlung ist von neuem auf Montag verlegt worden. Die Versammlung hat infolgedessen bisher nur an zwei Tagen beraten.

Die Religion im Wahlkampf.

Es war vorauszu sehen, daß die Klerikalen auch in diesem Wahlkampfe die Religion als Mittel ihrer Agitation mißbrauchen werden. Dieses alte Fangnetz für die Wähler hat sich ja oft genug trefflich bewährt, und da nach klerikaler Moral der Zweck die Mittel heiligt, so halten sie vor ihrem weiten Gewissen für den Mißbrauch der Religion auch die Rechtfertigung für gefunden. Und der Zweck ist die Erringung politischer Macht, Macht über die Menschen, Macht über die Geister, auf daß es wieder dunkel werde, wo die Sterne des Klerikalismus strahlen und die Menschen in Demut und Ergebenheit sich das Joch der römischen Kirche auferlegen lassen. Da die Religion selbst nicht mehr wirksam genug ist, der Kirche die ersehnte weltliche Herrschaft zu schaffen, trachtet sie ihr Ziel auf dem Wege der Politik zu erreichen. In allen politischen Vertretungskörpern suchen die Klerikalen ihren Einfluß zu verstärken, damit ihr Reich auf dieser Welt wieder hergestellt werde, wie in den Zeiten, da sie schrankenlos über Menschen, Völker und Länder herrschten. Nicht mit Unrecht erscheint ihnen die Eroberung der Gemeinden als wichtige, entscheidende Etappe. Haben sie die Gemeinden in den Händen, so fällt ihnen als reife Frucht auch die Macht im Staate in den Schoß. Was bedeutet der machtgierigen Kirche angeichts eines solchen Zieles die Sünde der mißbräuchlichen Ausschrotung von Gott und Religion zu Wahlzwecken, zur Täuschung und Irreführung der Gläubigen! Und so bonnern in allen Wirtschaftshäusern in diesen Tagen die Sendlinge Roms wieder gegen den Unglauben, die Neuschule und die Sozialdemokratie, von denen alles Elend, alle Unmoral und alles Unheil in der Welt komme, und viele Kirchen werden zu Versammlungshäusern, in denen von den Kanzeln herab die Religion in Gefahr, das Eintreten für die klerikale Partei als Glaubens- und Christenpflicht erklärt wird, und denen, so sich von den Klerikalen für ihre politischen Zwecke nicht einfangen lassen wollen, ewige Strafen angedroht werden. Die nie verjagende klerikale Regie klappt auch diesmal wie geölt.

Über nicht von den mehr und minder rustikalen Verbären für die klerikale Partei sei hier gesprochen, die jetzt in Kirchen und Versammlungshäusern die Unterordnung unter den Ultramontanismus — sie nennen es die „Rückkehr zu Gott“ — als Rettung aus den Nöten der Zeit offerieren, wobei sie natürlich verschweigen, daß die Klerikalen an diesen Nöten die schwerste Schuld tragen. Das ist Kost für die heiligste Minderbemittelten, die freilich noch lange nicht alle werden wollen. Unsere Klerikalen haben aber auch noch andere „Schlager“ auf Lager. Mit den alten Kerzelnweibern in Nöden und Sorgen ist ihnen nicht gedient, sie suchen auch in intelligenteren Kreise einzudringen. Dieser Aufgabe sollen jene Redner gerecht werden, die es verstehen, den Klerikalismus gewissermaßen salonfähig zu machen und zum Gebrauch für die Gebildeten herzurichten. Eine besonders pikante Nummer, sozusagen der Jesuit in Glacehandschuhen, ist der Prager Theologieprofessor und Senator Dr. Karl Hilgenreiner. Er hat in einer Wählerversammlung in Warnsdorf eine Rede gehalten, welche scheinbar die Aufgabe hatte, eben jenen intelligenteren Schichten den Klerikalismus mundgerecht zu machen, ihm im Lichte — man staune! — einer gewissen „Toleranz“ und „Aufklärung“ zu zeigen. Freilich, auch der glatte Herr Hilgenreiner nimmt es mit der Wahrheit alles eher als genau, und der Glaube, mit dem, was er seinen Zuhörern vorsetzte, auf geistigere Menschen wirken zu können, heißt, das Maß ihrer Urteilsfähigkeit und Intelligenz recht niedrig einschätzen. Es sind mitunter wahre Ammenwörter, die der Herr Theologieprofessor erzählt. Dem dem Kriege folgenden politischen, nationalen und staatlichen Umsturz nennt er beispielsweise einen „sozialen Umsturz“. Daß dies nicht dasselbe ist, sollte doch auch Herr Dr. Hilgenreiner als Politiker schon wissen. Den „sozialen Umsturz“ schildert er nun so: „Auch die Arbeit, sowohl was Verdienst als auch soziale Stellung anbelangt, wird jetzt höher bewertet als früher. Dies ist alles eine Folge des sozialen Umsturzes...“ Na, große nationalökonomische Kenntnisse legen diese Behauptungen gerade nicht voraus. Aber man wird nicht fehl gehen, wenn man die Darstellung Hilgenreiners, den Arbeitern gehe es jetzt gar so viel gut, als das Bemühen erkennt, gewissen plebejischen Auffassungen von den „hohen Löhnen“ der Arbeiter Rechnung zu tragen.

Herr Dr. Hilgenreiner hat am Umsturz aber auch große „Schattenseiten“ entdeckt und eben wegen dieser meint er, es müßte alles, was deren Beseitigung wünsche, nach dem ein-

zigen Rettungsanker, dem klerikalen Stimmzettel, greifen. Diese Schattenseiten entdeckt er in dem „Umsturz auf dem Gebiete der Ideen“, im „kulturellen Umsturz“. Er klagt: „Die Männer, die aus dem Kriege zurückkamen, die glaubten, mit den bisher geltenden Gesetzen und Ideen, was Religion und Sittlichkeit und Recht betrifft, sei es nun vorbei... Da hat man alles gestürzt und das Laster und die Unsittlichkeit auf den Thron gesetzt.“ Nach Hilgenreiner ist das „frühere Familienleben“, die „elterliche Autorität“ und die „Treue zwischen den Gatten“ spurlos verschwunden. Man sieht, der Herr Hilgenreiner liebt die krasse Uebertreibung, aber man weiß auch: er braucht diese düstere Schilderung, um die Wunderkur durch den alleinseligmachenden Klerikalismus empfehlen zu können. Die Gesellschaft, so sagt er, muß „erneuert“ und „von innen kuriert“ werden, und damit „die Reiten besser werden, müssen erst die Menschen besser werden“. Also das Rezept, nach dem der Klerikalismus schon fast zweitausend Jahre verfährt: nicht die Verhältnisse sollen geändert werden, sondern die Menschen. Sie sollen durch den Glauben, die Religion, die Demut, den blinden Gehorsam zufrieden und botmäßig gemacht werden. „Besser werden“, — andere klerikale Prediger, die sich drastischer ausdrücken, nennen das „katholisch machen“, eine Beschäftigung, der die Diener der katholischen Kirche Jahrhunderte hindurch, sogar mit Feuer und Schwert, mit Daumenschrauben und Rad, huldigten. Das waren freilich herrliche Zeiten, wenn auch nicht für die Menschen, so doch für die „Diener Gottes“! Wenn nun Herr Dr. Hilgenreiner über die heutige Schlechtigkeit so klagt, so sollte er doch nicht vergessen, daß der Krieg, dem er diese Verderbnis der Menschen zuschreibt, mit ein Werk der Klerikalen war, daß sie es waren, die die Kriegshege schürten und die von dem mit ihrer Hilfe entzündeten Weltbrande eine sittliche Läuterung der Menschheit erwarteten. Seitdem sie — auch im Namen der Religion — mithalfen, die furchtbarste Katastrophe über die Menschheit zu bringen, sind ihre Verheißungen und Mirakelrezepte stark in Mißkredit geraten. Davan wird auch alle Beredsamkeit Hilgenreiners nichts ändern.

Wenn sich der Herr Theologieprofessor gefuchter und vorsichtiger ausdrückt, um eben die, deren Hirn nicht verkrüppelt ist, nicht schon von vornherein abzuschrecken: im Grunde sagt er doch dasselbe, womit jetzt die Kömlinge in hunderten Versammlungen hauffieren: die Menschheit muß mit den Mitteln des Klerikalismus verblümmt und damit gefügig gemacht werden. Auch seine Rede ist für sie nur die freundliche Einladung, sich selbst den Strick um den Hals zu legen. Ihn zuzuziehen werden die Klerikalen dann nicht ermangeln. Hilgenreiner, der die Gebildeteren anzulocken sucht, meint weiß Gott wie schlau er die Sache anpackt. Er stürzt sich direkt in geistige Unkosten und zitiert sogar — wie gebildet! — die Philosophen Kant und Nietzsche. Diese geistigen Unkosten verbilligt er sich dadurch, daß er falsch zitiert, was für einen Priester und Theologieprofessor immerhin eine bedenkliche Sache ist, denn er sollte doch wenigstens ein Beispiel geben, wie sittlich erzieherisch die Religion wirkt und sollte bei der Wahrheit bleiben. Natürlich gesingt es ihm bei dieser Methode, Kant und Nietzsche aus dem Handgelenk zu widerlegen. Was Herr Dr. Hilgenreiner beweisen will, das ist: es gibt ohne Religion keine Sittlichkeit, keine Besserung der Verhältnisse; ohne Religion verfallen die Menschen dem Laster und Verbrechen. Aber es gab höchst religiöse Zeitalter, die dennoch von Blut und Schrecken, Lastern und Greueln, Roheit und Unmoral erfüllt waren. Stellt er den Soupal als Beispiel hin, dann seien ihm Torquemada und Ignatius von Loyola entgegengestellt. Und es könnte ihm noch mit der Anführung einiger tausend anderer frommer Verbrecher und Sünder gebient werden. Wenn Herr Dr. Hilgenreiner daher den Namen Gottes und die Religion mißbraucht, nach der konfessionellen Schule ruft, und gegen die heutige Schule als Quelle aller sittlichen Schäden wettert, so wird er niemanden darüber täuschen, worum es ihm und den Seinen dabei geht: nicht um die Moral, nicht um die Besserung der Verhältnisse und nicht um die Erlösung der gequälten Menschen von ihrem geistigen und materiellen Elend, in das sie unter Beihilfe der Klerikalen der Kapitalismus gestürzt hat, sondern um die Wiedererrichtung der vollen Herrschaft des Klerikalismus auf Erden. „Weltliche und geistliche Bekehrung“, im Grunde Hilgenreiners bedeutet dies, daß sich die weltlichen Lehrkräfte den geistlichen unterzuordnen haben. Herr Hilgenreiner ist schlau und möchte sich als Rottensänger bei den Intellektuellen betätigen. Aber seine Rede, seine

Die Erdbeben-Katastrophe in Japan.

Die internationale Hilfsaktion.

London, 6. September. Die englische Hilfsaktion weist bereits sehr namhafte Beiträge aus. Die Regierung gewährt den von der Katastrophe Betroffenen die größtmögliche Hilfe. Schiffe mit Nahrungsmitteln sind auf dem Wege nach Japan. Die australische Regierung bewilligte für die not-

leidenden Opfer den Betrag von 60.000 Pfund Sterling, Kanada liefert Lebensmittel. In der gleichen Weise helfen Amerika und andere Länder. — Der japanische Hilfsauschuß des Fernen Ostens verfügt bereits über 100 Millionen Goldrübels und 150.000 Pfd Nahrungsmittel.

Ein neuer Bericht.

London, 6. September. Der japanische Botschafter in London veröffentlicht im Namen sämtlicher in Großbritannien ansässigen Japaner, sowie im Namen seines leidenden Vaterlandes ein eindringliches Dankschreiben an Großbritannien für die bekundete Teilnahme und die gewährte Hilfe. Der Botschafter erhebt einen Bericht aus Peking, welcher eine Beschreibung des Erdbebens enthält. Der Bericht besagt, daß Yokohama durch die Sturmflut und den durch die Explosion von Del entstandenen Brand vollkommen vernichtet ist. Dasselbe Schicksal erlitten nachfolgende Städte: Yokosuga, Kamakura, Odawara, Sojama, Yokemba, Misshima, Atami, Ito, Kawaguchi und Kofu. In Tokio brachen an 40 bis 50 Stellen gleichzeitig Brände aus. Von den Hauptgebäuden sind vernichtet u. a. die Ministerpaläste und die Paläste des Hofadels, die Brücke zum kaiserlichen Palast, die fremdländischen Gesandtschaften, zahlreiche Kirchen, das Museum, die Eisenbahnstationen von Utsunomiya, Pulvermagazinen, die russische Kirche, Universitätsgebäude, Militär-Krankenhäuser und die Akademie, sowie fast alle Zeitungsgebäude. Beschädigt wurden nahezu alle Regierungsgebäude.

Japanische Notmaßnahmen.

Nagasaki, 6. September. (Reuter.) Tokio ist noch immer ohne Zeitungen. Die Reuter-Depeschen werden aber mit der Luftpost auf einem Militäraroplan nach Tokio gefandt. Einer Meldung zufolge hat das Kabinett in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, daß die 15.000 gereinigten Koraner in die Militärbaracken in Narashimo einquartiert werden. Die Paläste der Millionäre sollen für die Einquartierung von durch die Katastrophe betrof-

lenen Personen geöffnet werden. Militär schützt die Banken. Der Finanzminister wird wahrscheinlich ein zehntägiges Moratorium proklamieren, doch zählen die Banken jetzt noch Beträge bis zu 100 Yen aus. Ueber die Hälfte der japanischen Truppen wurde nunmehr mobilisiert und ist einerseits bei den Hilfs- und Wiederaufbauarbeiten tätig, andererseits halten sie die Ordnung aufrecht. Die gesamte Flotte besetzt sich nunmehr mit dem Transport von Nahrungsmitteln und Baumaterial in die von der Katastrophe betroffenen Gebiete. — Nach einem Funkbericht des Korrespondenten der „Associated Press“ wird die Zahl der umgekommenen Ausländer in Yokohama auf 200 geschätzt, doch sind die Namen der Opfer noch nicht sichergestellt.

Das neue japanische Kabinett.

Brag, 7. September. Die japanische Gesandtschaft teilt mit, daß das neue Kabinett am 2. September gebildet wurde. Ministerpräsident ist Admiral Graf Gombei Yamamoto, Marineminister Admiral Takashi Takarabe, Kriegsminister Nara Gii Chi Tanaka, Minister des Innern Yamamoto Shimpe Goto, Finanzminister Junnosuke Inoue, Minister für Landwirtschaft, Handel und öffentliche Arbeiten (bilden ein Ministerium) und Justizminister Baron Kenjiro Den, Postminister und Minister für Schulwesen und Volksaufklärung Tsubouchi Inukai, Eisenbahnminister Shiji Yamamoto.

Cholera in Yokohama?

London, 7. September. Blättermeldungen aus Kobe zufolge soll in Yokohama die Cholera ausgebrochen sein.

Japans Innenpolitik.

In der gesamten Presse ist der Ueberzeugung Ausdruck gegeben worden, daß das Erdbeben in Japan nicht bloß eine Elementar-, sondern auch eine politische Katastrophe bedeute. Und mit Recht. Traf doch das Unglück die großen politischen, industriellen und Handelszentren, eine Unmenge der tüchtigsten Beamten ist getötet, die größten Fabriken zerstört. Was der Krieg in Belgien und Frankreich, hat das Beben in Japan vernichtet, Konzentration aller Kräfte tut dem Lande dringend not. Deshalb war es kein bloßer Zufall, daß die Katastrophe auch Gerüchte vom Sturz des neuen Ministerpräsidenten, Admiral Yamamoto, auslöste. In der Designierung dieses Mannes kam die Tatsache zum Ausdruck, daß Japan all seinem Aufschwung zum trotz, noch immer absolutistisch, oder besser gesagt, durch einen von der Kammarilla beherrschten Kaiser regiert werde. Zwar gibt es in Japan ein Parlament. Aber es ist nach einem geradezu vorfintflutlichen Wahlrecht gewählt, die verschiedenen Parteien tragen moderne Namen („Freiheits“, „Verfassungs“, „Arbeitspartei“ u. dergl.), doch vertreten sie tatsächlich nur verschiedene streitende Kasten und kapitalistische Interessentengruppen. Die letzten Regierungen von Hara bis Kato hatten immerhin einen halbwegs parlamentarischen Anstrich, die Ernennung Yamamotos schien selbst diesem Zugeständnis an den demokratischen Geist ein Ende zu machen. Der Admiral ist nämlich der Vertrauensmann der einen Partei innerhalb der

Kammarilla, des sogenannten Clan Satsuma, der immer wieder, so oft er zur Macht gelangt, Flottenrüstungen betreibt, der andere Clan Ishochu, begünstigt das Landheer. Beide Clans zusammen dokumentieren, daß Japan, genau gesehen, ein Land der Militärdiktatur und abwechselnd des maritimen oder des territorialen Imperialismus ist. Indem Yamamoto die Kabinettsbildung übernahm, wurde klar, daß die Clans das Parlament beiseite schieben und unterhält ein Regiment der „Älteren Staatsmänner“ etablieren wollten, das eigentlich immer, so lange es ein modernes Japan gibt, alle Fäden in der Hand gehabt hat. Ertrug die fortschrittlichen Japaner immerhin die maskierte Herrschaft der „Älteren Staatsmänner“, so schien ihnen doch das Erdbeben die beste Gelegenheit, den offenen Bannerträger der Clandidatur abzujagen. Das scheint ihnen nur nicht geglückt zu sein, Yamamoto ist Ministerpräsident geblieben. Aber das Kabinett, das er bildete, belam ein völlig verändertes Gesicht. Es setzt sich nicht aus Kreaturen des Clan Satsuma, sondern aus anerkannt tüchtigen Männern aller Parteien zusammen, das Erdbeben wirkte also wie eine Art Revolution. So wie nach Revolutionen die Herrschenden sich gewöhnlich dazu verstehen, in die Regierungen Vertreter des neuen Geistes aufzunehmen, geschah es auch in Japan. Sache dieser neuen Männer ist es nun, das Rad der Entwicklung in ihrem Sinne weiterzutreiben.

Mussolini richtet sich an Korfu häuslich e.n.

Rom, 6. September. Die Agenzia Stefani meldet aus Korfu: Infolge von Zwistigkeiten, die sich in der hiesigen lokalen Polizei ergeben haben, wird diese nicht, wie vorgesehen war, im Dienste bleiben. Die erwähnten Zwistigkeiten sind auf die verschiedene Haltung der Verbarmen aus gegenüber zurückzuführen. Unsere Aktion erleidet hiedurch keine Störung, es wird uns dadurch nur nahegelegt, ein einheitliches Polizeikorps (natürlich eine Original-Faschisten-Garde!) zu schaffen, das zuverlässig ist und unseren Behörden Gehorsam leistet. Auf den besetzten Inseln herrscht, wie alle Nachrichten besagen, vollkommene Ruhe.

Österreichs Friedenswille.

Paris, 7. September. Die „New York Herald“ aus Athen erfährt, hat die griechische Regierung ein Arrangement mit der Nationalbank getroffen, die der Regierung eine Summe in der Höhe der von Italien verlangten Entschädigung, der italienischen Landungskosten und der italienischen Ausgaben auf griechischem Boden zur Verfügung stellt. Der Gesamtbetrag wird dem Völkerbunde zur Verfügung gestellt werden, wenn sich ergibt, daß der Völkerbund die Regelung des italienisch-griechischen Streifalles in die Hand nimmt.

Mussolini, Hortby & Comp.

Budapest, 7. September. (N. T. R. B.) Der von den Erwachenden Ungarn vor dem Gebäude der italienischen Gesandtschaft geplante Umzug ist von der Polizei aus Gründen der auswärtigen Politik unterlagert worden.

Auf der Spur der Diplomatenmörder?

Rom, 7. September. „Popolo d'Italia“ meldet aus Triest, daß die griechische Regierung auf die Spur der Mörder von Janina gekommen sei und zwei davon bereits verhaftet hat. Die übrigen werden verfolgt.

Ehrhardt Banditen in Thüringen.

Berlin, 7. September. Das „Berliner Tageblatt“ berichtet aus Weimar: Das Presseamt Thüringen weist auf das Treiben der rechtsradikalen Geheimorganisationen in Thüringen hin. Nach dem amtlichen Berichte versucht die in Thüringen verbotene nationalsozialistische Arbeiter-Partei unter den unscheinbarsten Namen erneut Fuß zu fassen. Unter anderem stellt der „Wiking-Bund“ einen aktiven Teil der früheren „Brigade Ehrhardt“ dar. Das rasche Zugreifen der Thüringer Polizei hat den Schleier über das geheimnisvolle Treiben der Wordingorganisation „C“ vollkommen gelüftet. Nach dem vorgefundenen Adressenmaterial soll das Bestehen einer Zeme erwiesen sein.

Volungen, seine Verdrehungskünste wie seine Anrufung Gottes und der Religion im Wahlkampf sind doch nur für alle, welche die Gefahr eines Sieges des Klerikalismus erkannt haben, ein Ansporn, ihre Kräfte um so mehr einzusetzen, diesen Sieg zu verhindern!

Die Gemeindewahlen.

Die Deutschnationalen wollen mit den Juden abjourné nichts zu tun haben!

Wenn die Deutschnationalen mit den deutschen Juden eine gemeinsame Liste aufstellen, so ist es eine „nationale Notwendigkeit“, wenn aber Schallisch im Neutitscheiner „Volksturm“ schreibt:

Judenmache.

In jüdischen Blättern liest man jetzt oft, daß sich die Halenkreuzler vor den Gemeindewahlen bei den Juden anbiedern wollen. Das ist eine auf Wählerbetrug abzielende Lüge. Wenn verschiedene farblose Blätter derer tun und einmal antisemitisch und dann doch wieder die Judenfrage „objektiv“ betrachten und einen alle Teile befriedigenden Ausweg suchen, so sind wir hierfür nicht verantwortlich. Wir nehmen nach wie vor dem Judentum gegenüber eine ablehnende Haltung ein. Der „Volksturm“ ist das Organ der Nationalpartei. Was im „Volksturm“ gebracht wird, dafür tritt die Partei ein.

— so ist das, da ja der „Volksturm“ das offizielle Organ der Nationalpartei ist, die offizielle und einzig maßgebende Meinung der Deutschnationalen. Das mögen sich alle diejenigen vor Augen halten, die die „nationale Notwendigkeit“ in eine Einheitsliste mit den Deutschnationalen gebracht hat. Die Offenherzigkeit der Deutschnationalen ist anerkanntswürdig: Sie geben den Juden schon jetzt, — was doch sonst erst nach der Wahl zu geschehen pflegte — den Fußtritt!

Die Sozialdemokraten verrietten die Interessen der Kleinpächter.

Unter dieser Marke geben die Nationalsozialisten ein Flugblatt heraus, indem sie aus der agrarischen „Landpost“ eine Stelle abdrucken, in der behauptet wird, daß in einer Sitzung des Unterausschusses des landwirtschaftlichen Ausschusses, in dem über den Antrag des Abgeordneten Bierhut auf Ausdehnung des Gesetzes über die Sicherung des Bodens der Kleinpächter entscheidend verhandelt wurde, unsere Genossen Schweichhardt und Leibl nicht anwesend waren. Die Deutschnationalen drucken diese Verleumdung ohne Gewissensbisse ab, obwohl sie sich in der Hauskanzlei des Abgeordnetenhauses jederzeit überzeugen könnten, daß die Genossen Schweichhardt und Leibl in jeder Sitzung des landwirtschaftlichen Ausschusses — also auch dessen Unterausschusses — anwesend waren! Die „Gelben“ wollen aber nicht die Wahrheit schreiben! Ihre Verleumdungsfeldzüge gegen die Sozialdemokraten — gegen die sie auf andere Weise nicht heran können — mühte ja dann sofort elend zusammenbrechen.

Wie sie einander in die Hände arbeiten.

Die Kommunisten und die Halenkreuzler, die Anbeter der Gewalt Moskows und die Verächter des Münchner Terrors, kommen einander immer näher. Kein Wunder daher, daß sie sich auch gegenseitig „Wahlschlagler“ ausleihen. So verbreiten die deutschen Nationalsozialisten zwei Flugblätter, die wörtlich aus der kommunistischen „Internationale“ und dem kommunistischen Reichsberger „Vorwärts“ abgeschrieben sind. In dem einen Flugblatt wird der Kampf der Sozialdemokraten ins „wahre Licht“ gerückt. In

text und gestiftet werden. Das schöne Geleitwort von Louise Kautsky gibt die Geschichte ihrer Freundschaft und die Bedeutung der unpolitischen Persönlichkeit von Rosa Luxemburg warm und vornehm wieder.

Die Entwicklung der politischen Kämpfe hat Rosa Luxemburg als Politikerin und marxistische Theoretikerin nicht recht gegeben. Karl Kautsky hat in einer kleinen Broschüre über Rosa Luxemburg und Liebknecht sehr richtig die russische Herkunft und Einstellung von Rosa Luxemburg für ihren unbeglückten Rabulismus verantwortlich gemacht. Aber nicht der russische Revolutionismus, nicht das Achtundvierzigertum, nicht der junge, sondern der reife Marxismus mit seinem großen, revolutionären Prinzip haben recht behalten. Auch wenn es in Deutschland zu einem Zusammenbruch kommt (und wir leben ja hier immer auf der Kippe), so bleibt doch der sozialdemokratische Gedanke und nicht der bolschewistische der richtige; mag auch die unglückselige Außen- und Innenpolitik der deutschen sieben Revolutionsregierungen einen vollständigen Verfall herbeiführt haben: vor der Geschichte wird die Richtung Rosa Luxemburgs unrecht behalten. Aber in der Geschichte wird sie als seine glänzendste und konsequenteste Vertreterin innerhalb der deutschen Partei fortleben, und wenn ihre theoretischen Streitfragen tot sein werden, wird ihr Geist leben und alle erquiden, denen diese zarte Frau in ihren Briefen entgegengetreten wird. Könnte sie, gerade weil sie Russin war, die Notwendigkeit der deutschen Revolution nicht genügend erkennen (obwohl sie doch noch in einem ihrer letzten Artikel das herrliche Wort sagte: „O diese Revolution, wie ist sie deutsch!“), so hat sie doch wieder gerade durch ihre russische und jüdische Menschlichkeit einen Seelensturm mitgebracht, der über allen Streit und alle Irrungen hinwegplinkt in ihren Briefen, diesen Bekenntnissen einer schönen Seele der Revolution.

Wirklichkeit handelt es sich um eine Kritik der tschechischen Sozialdemokraten. Das nationalsozialistische Flugblatt, das sich doch die deutschen Wähler wendet, die es mit den deutschen Sozialdemokraten zu tun haben, spricht von Sozialdemokraten schlechtweg, läßt die Unterscheidung zwischen tschechischen und deutschen Sozialdemokraten absichtlich weg, um so die Wähler zu täuschen. In dem anderen Flugblatt wird wieder gegen die deutschen Sozialdemokraten mit einem angeblichen Ausspruch eines englischen Gewerkschaftsführers angelämpft. Auch hier handelt es sich um eine von den Kommunisten aufgestellte Behauptung, die in der kurzen Wahlzeit, in England nicht leicht auf ihre Wahrheit zu prüfen ist. Da es den Nationalsozialisten an inländischen Argumenten fehlt, greifen sie zu ausländischen, die sie aus der kommunistischen Presse schöpfen. Sie sind einander würdig!

Die zionistischen Argumente der Nationalsozialisten.

Sogar die Juden müssen herhalten für die Nationalsozialisten, wenn es gilt, die verhasste Sozialdemokratie zu belämpfen. Der Wiener Zionist Staud zog in einer Wählerversammlung im Jahre 1919 gegen die österreichische Sozialdemokratie los, die jüdischnationale Wiener „Morgenzeitung“ druckte den Angriff ab, die antisemitischen Nationalsozialisten graben ihn jetzt aus und verbreiten ihn in Wahlflugblättern. Ein fürwahr erhebendes Bild: Halenkreuzler und Juden in einer Front gegen die Sozialdemokraten!

Eine von den vielen Verleumdungen der Gelben.

In einem für die Allerdümmsten bestimmten Flugblatte stellen die halenkreuzlerischen Nationalsozialisten die Behauptung auf, Genosse Cermal wäre vom Juli 1917 bis zum Kriegsende Leiter eines nordwestböhmischen „Verbandes der Kriegsinindustrie“ gewesen, der von Fabrikanten gegründet worden war. Da es immerhin möglich wäre, daß ganz junge Leute, die erst durch die Morstaten der Halenkreuzler etwas vom öffentlichen Leben erfahren haben, diese Lüge für bare Münze nehmen, sei festgestellt, wie es um diesen „Verband der Kriegsinindustrie“ bestellt war. Es handelte sich um einen Lebensmittelverband zur Versorgung der arbeitenden Bevölkerung, der zu gleichen Teilen aus Vertretern der Arbeiterschaft (der Konsumvereine) und der Unternehmer zusammengesetzt war. Als Vertreter der Arbeitergenossenschaften war Genosse Cermal Bureauleniter des nordwestböhmischen Lebensmittelverbandes in Aussig. Solche Verbände gab es in Wien, in allen Kronländern des alten Oesterreich, einige Verbände in Böhmen, die zu einem Landesverband mit dem Sitz in Prag zusammengeschlossen waren. Überall waren neben Funktionären der Industriellen, Vertreter der Konsumgenossenschaften der Arbeiterschaft. Die meisten genossenschaftlich tätigen Genossen waren zugleich Vertrauensmänner in den Lebensmittel-Verbänden.

Die „Landpost“ schützt die Bauern . . .

Die „Deutsche Landpost“ singt in ihrem Leitartikel von gestern eine Klage über die Lage des Landvolkes, auf welches es von allen Seiten stürmt. Unter diesen Zeiten, von denen es stürmt, werden auch die von „bezahlten Agitatoren des Großkapitals ausgehenden Arbeiter“ aufgezehrt, die „losgelassen wurden, um den arbeitenden und schupfenden Bauer allein zur Strecke zu bringen.“ Die „Landpost“ begehrt hier einige bewusste, verleumdende falsche Aussagen. Die Arbeiterschaft kämpft nicht gegen den arbeitenden und schupfenden Bauern, sondern sie kämpft zusammen mit den Kleinbauern, den Kleinhandwerkern, den Kleinlandwirten gegen die Großbauern und Großgrundbesitzer, die genau so wie die Großkapitalisten aus der Arbeit ihrer Abhängigen mühelosen Gewinn ziehen. Das weiß natürlich die „Landpost“ sehr wohl, ebenso wie ihr bekannt ist, daß die Agitatoren der Arbeiterbewegung mit dem Großkapital einen solchen Zusammenhang haben, wie etwa die Interessen der Landarbeiter zusammenhängen mit den Interessen der Großbauern und der diese Interessen vertretenden deutschen „Landpost“.

Nationalsozialistische Arbeiterfreunde

Eine besondere Probe nationalsozialistischer Arbeiterfreundschaft leistete sich der dieser Partei angehörende Stadtrat Schüb in einer Sitzung der Jägerndorfer Gemeindevertretung. Der Verwaltungsausschuss der Jägerndorfer Licht- und Wasserwerke hat nämlich über Betreiben des Stadtrates beschlossen, die Stelle eines Gasmeisters, falls die restlose Vergasung durchgeführt wird, aufzulassen und den Gasmeister zu kündigen. Dilem! Dem Beschluß stimmten alle Parteien zu. Er schien aber dem Nationalsozialisten Schüb zu wenig weitgehend und er wußte es so zu decheln, daß in einer späteren Sitzung der Verwaltungsausschuss den Beschluß sah, ohne erst die restlose Vergasung abzuwarten, den Gasmeister zu kündigen. Es ist nun interessant, daß ein Gasmeister eines in der Nähe liegenden Ortes einen anderen Gasmeister davon verständigte, daß ihm der Gasmeisterposten in Jägerndorf in Aussicht gestellt ist. Es ist somit klar, daß Ersparungsgründe für die Entlassung des Jägerndorfer bisherigen Gasmeisters nicht maßgebend waren, sondern daß vielmehr die Nationalsozialisten

sten irgend ein Protektionskind unterbringen wollten und aus diesem Grunde bereit waren, einen Mann, der zwanzig Dienstjahre hinter sich hat, einfach auf das Pflaster zu werfen. Unsere Genossen brachten diesen Vorfall im Jägerndorfer Stadtrat zur Sprache, und setzten es durch, daß die Entlassung des Gasmeisters vorläufig nicht durchgeführt, daß aber, falls sie erfolgt, der Gasmeister anderweitige Verwendung findet.

Unsere Wahlarbeit.

Kommende Woche spricht Genosse Dr. Czech in Wählerversammlungen und zwar am Montag in Karlsbad, Dienstag in Bobenbach, Mittwoch in Warnsdorf, Donnerstag in Aussig, Freitag in Teplitz. — Genosse Cermal spricht am Sonntag in Kapitz im Böhmerwald, Montag in Tachau, Dienstag in Graslitz, Mittwoch in Komotau, Donnerstag und Freitag im Bobenbacher Kreisorganisationsgebiet, Samstag in Schludenau. — Genosse Hillebrand spricht am Sonntag in einer Versammlung im Reichenberger Gebiete, Montag und Dienstag in Versammlungen im Kreise Trautenau, Donnerstag in Sternberg, Freitag in Olmütz und Samstag in Würzenthal. — Vom 4. bis 8. September sprach Genosse Dr. Stern in fünf Versammlungen im Warnsdorfer Kreisorganisationsgebiet. Vom 9. bis 15. September spricht er in sieben Versammlungen im Reichenberger Kreis. — Während der ganzen kommenden Woche spricht Genosse Falsch in Versammlungen im Bereich der Kreisorganisation Ries. — Genosse Kuplent ist in der Zeit vom 9. bis 15. September in Versammlungen im Böhmerwald tätig. — Abgeordnete Genossin Deutsch befindet sich seit 5. bis 10. September im Reichenberger Gebiet auf einer Agitationstour und wird in der Zeit zwischen 11. und 15. September im Warnsdorfer Kreis in Frauenversammlungen sprechen. — Genossin Marie Reumann aus Reichenberg spricht in sieben Versammlungen im Trautenauer Organisationsgebiet. — Genossin Julie Hackenberg hielt eine Versammlung in Südmähren ab und wird nächste Woche im nordmährischen Industriegebiet sprechen. — Genossin Else Schäfer-Reichenberg spricht in fünf Versammlungen in Schlesien.

Die städtischen Angestellten in Preshburg hielten am Mittwoch, den 5. September eine Versammlung ab, in der folgender Beschluß gefaßt wurde: „Die heute versammelten Angestellten der Stadt erklären bei der am 16. September stattfindenden Gemeinderatswahl ihre Stimmen nur auf die Liste der Deutschen Sozialdemokratischen Partei (Stimmliste Nr. 2) abzugeben und sie fordern alle ihre Kollegen auf, sich diesem Beschlusse unbedingt zu fügen.“

Kamplos vollzogene Wahlen. Ueber die Zusammensetzung der Gemeinderatswahlkommission im Bezirk Rokositz ist bereits entschieden. Sie ist zur Gänze sozialdemokratisch, da außer unserer Partei keine andere Partei eine Kandidatenliste einbrachte. — In Mähr.-Rottwasser haben sich alle Parteien über die Aufteilung der dreißig Mandate geeinigt. Die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei erhält zehn Mandate. Eine ähnliche Vereinbarung wurde in Mähr.-Weißwasser getroffen, wo unseren Genossen die Hälfte aller Mandate zufällt.

Aus der mährischen Wahlbewegung. Der Brünner „Volkswille“ berichtet, daß im Rokositzer Bezirke einige Überraschungen für die Bürgerlichen zu erwarten sind. Orte, die bisher weder eine sozialdemokratische Partei noch eine Kleinbauernpartei kannten, dürften diesmal bei den Gemeindewahlen eine erhebliche Zahl von Vertretern dieser Gruppen erhalten.

Die Gesetze und Verordnungen über die Gemeindewahlen. Im Verlage des „Prager Archiv für Gesetzgebung und Rechtsprechung“ ist soeben eine vollständige Ausgabe aller die Gemeindewahlen betreffenden Gesetze und Verordnungen, herausgegeben von Dr. Alexander Jecher, Obersekretär des Obersten Verwaltungsgerichtes, erschienen. Von besonderem Werte ist diese Ausgabe dadurch, daß in den einzelnen Paragraphen als Erläuterung die Erkenntnisse des Obersten Verwaltungsgerichtes angeführt sind. Die Ausgabe ist den kommunalen Parteien, Gemeinden, Behörden und für den einzelnen Wähler, welche sich über die Wahlrechte und den Wahlvorgang informieren wollen, bestens zu empfehlen. Preis K 11.—, zu haben in jeder Buchhandlung oder direkt beim Verlage des „Prager Archiv“ Prag II., Pansta ul. 12.

Die Einheitsfront der Bankjuden- und -kristen.

Sie und da macht die bürgerliche Presse selber die Fäden sichtbar, welche die finanzkapitalistischen Unternehmungen untereinander verbinden, so beispielsweise eine der letzten Nummern der „Neuen Freien Presse“, aus deren Bankferaten man erfährt, wie innig verflocht die Industrieunternehmungen mit den Banken sind, wie sie geradezu nur Exponenten der Bankjuden sind. Da es in Wien nicht anders ist als in Prag und in der „Neuen Freien Presse“ diesmal der „Interessenkreis“ einzelner Banken besonders hervorgehoben ist, wollen wir eine Stichprobe machen, indem wir den „Interessenkreis“ der „Allgemeinen Verkehrsbank“ aufzeigen:

- Neuwiedler Aktiengesellschaft für Papierfabrikation.
- „Steyrerwühl“, Papierfabrik. und Verlagsgesellschaft.
- Lenziger Papierfabrik-Aktiengesellschaft.
- Adolf Anina, Papierindustrie A.G.
- Leipnitz-Lundenburger Zuckerfabrik A.G.
- Lundenburger Zuckerraffinerie A.G.
- Reichshäuser Zuckerraffinerie A.G.
- Schoellerkohlwerke A.G. Ternitz.
- Wiedmannsahlwerke Aktiengesellschaft. Märzschlag-Düsseldorf.
- Styria A.G. in Wafendorf.
- Eisenwerke und Maschinenfabriken Aktiengesellschaft vormals Adolf Finze und Co.
- Eisenwarenfabrik-Aktiengesellschaft Sopron, Graz.
- Grazer Waggon- und Maschinenfabrik Aktiengesellschaft vormals Joh. Weiser.
- Maschinen- und Waggonbau-Fabrik Aktiengesellschaft in Simmering vormals F. D. Schmid.
- Ungarische Waggon- und Maschinenfabrik Aktiengesellschaft in Raab.
- C. Schember und Söhne A.G.
- Schnellpressenfabrik Mähling.
- Waidhofer Gerbereiwerke A.G.
- Kortkainfabrik A.G.
- Porzellan- und Fay Aktiengesellschaft.
- Spiritusindustrie Aktiengesellschaft.
- Spinnerei und Wirkwarenfabriken M. Honig A.G.
- Union-Leberwerke A.G.
- Gebäude-Strahler Lederfabrik A.G.
- „Aeterna“ Schuhfabrik A.G.
- Hotel „Bristol“ A.G.
- Hotel „Imperial“ A.G.
- D. Lehner Aktiengesellschaft.
- Tiller, Bekleidungs-, Lieferungs- und Uniformier-Aktiengesellschaft.
- F. G. Wolf, Bau-Aktiengesellschaft, Graz.
- Janesch und Schnell, Bau-Aktiengesellschaft.

- Lutz- und Celonomie A.G. in Salzburg.
- Aktiengesellschaft der Riesinger Brauerei.
- Allgemeine Industrie- und Handels-Aktiengesellschaft.
- Emil König, Leder- und Häute-A.G.
- „Aster“, Allgemeine Textil A.G.
- Druckfabrik Weiß und Schneider A.G. in Wildon.
- Vereinigte Kleiderfabriken Aktiengesellschaft, Probnitz.
- Vereinigte Textil- und Kleiderfabriken Aktiengesellschaft M. und J. Mandl, Tiring und Konforten in Wien.
- Steierm. Fürst Lichtensteinsche Holzgewerbetungs-A.G.
- St. Gotthard Senfen- und Schmiedewerke A.G. Versicherungsgesellschaften „Wönitz“.
- Bank für Tirol und Vorarlberg.
- Styria-Dürrtopfwerke A.G. in Graz.

Man wird es angesichts dieser Liste, die, wollte man alle Unternehmungen anführen, die in den „Interessenkreis“ einer Bank fallen, ins Unendliche verlängert werden müßte, nun wohl begreiflich finden, daß die Industriellen gegen den Bankensucher, unter dem unsere Industrie so furchtbar leidet, so gar nichts unternehmen. Sie gehören eben dem gleichen „Interessenkreis“ an wie die Banken, sie sind an deren Wuchererinnen genau so beteiligt wie die eigentlichen Bankjuden und daher dürfen diese Wucherergeschäfte nicht gestört werden. Mag die Konkurrenzfähigkeit der Industrie noch so leiden, den Unternehmern schadet das nichts. Das Bad müssen die Arbeiter und die Beamten ausgießen, indem sie zur Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit verurteilt werden. Die politische Verbindung der Bankmächter aber ist allumfassend. „Jub“ und „Christ“, Deutschnationale und Judenliberale, Halenkreuzler und Kerlische finden sich alle an einem Trug. Politische Überzeugungen hat man nur für die Leute, die nicht alle werden. Arm in Arm wandeln die Pfaffenbrüder mit den Beschneidern, lüdenlos ist ihre Einheitsfront, deren Aufgabe es ist, den Banken zum Siege zu verhelfen und die Arbeiterschaft niederzuknüppeln. Gegen dieses Ziel müssen alle politischen Überzeugungen zurücktreten. Das bunte Gemisch der Deutschbürgerlichen verwardelt sich in einem farblosen Haufen, den man gegen die Arbeiter ins Feld schießt. Fragt sich nur, ob die Wähler dem Rufe folgen werden.

Große Zollunterstellungen in Oesterreich.

Wien, 7. September. In der hiesigen Geschäftswelt erregte es in der letzten Zeit Aufsehen, daß der Markt mit hochwertigen ausländischen Waren, namentlich Kakao, Kaffee, Tee und Spirituosen, trotz den hohen Zöllen zu verhältnismäßig niedrigen Preisen geradezu überflutet war. Die auf Grund von Anzeigen vorgenommenen Erhebungen führten zur Aufdeckung von Milli-

arden-Hinterziehungen von Zöllen und zur Verhaftung von zwölf Zollbeamten, 35 Speditoren und Angestellten. In Brud a. L. waren die Zollbeamten von Speditoren und deren Angestellten bestochen worden, Begleitcheine für Transitgüter, die im Inland ausgeladen worden waren, zu fälschen. Da die Hinterziehungen auf mindestens ein Jahr zurückgreifen und die Zölle von diesen Waren sehr hoch sind, muß der Schaden auf mindestens 20—30 Milliarden geschätzt werden.

Galizische Wahlen im Kulschiner Ländchen.

Es wird wohl keinen zweiten Bezirk in diesem Staate geben, wo ein so erbitterter Wahlkampf, geleitet insbesondere von nationalen Gesichtspunkten, geführt wird, wie im Kulschiner Ländchen. Man muß die vier Jahre Verwaltung des Kulschiner Ländchens kennen, um diesen Kampf zu verstehen. Auf der einen Seite sind es die Angehörigen des deutschen Volkes, zumeist Arbeiter und Kleinbauern, denen das erstmal am 16. September die Gelegenheit geboten wird, gegen die Berggewaltigen ihrer kulturellen Rechte in gesellschaftlicher Form und öffentlich Protest einzulegen. Auf der anderen Seite haben sich alle tschechischen Parteien vereinigt, um mit allen, auch den unfaubersten Mitteln, durch das Wahlergebnis den Beweis für ihre feste Behauptung zu liefern, daß die gesamte Bevölkerung dieses Bezirks nicht nur überwiegend tschechisch, sondern daß diese auch mit der Regierungspolitik vollständig einverstanden ist. Die letzte Volkszählung hat ergeben, daß angeblich von 47.263 tschechoslowakischen Staatsbürgern des Kulschiner Ländchens 39.209 Tschechen und 7707 Deutsche sind. Die dieses Resultat zustande kam, ist noch in allgemeiner Erinnerung: gewaltsame, eigenmächtige Änderung des Nationalitätenstatutes durch die Erhebungsgesetze, in die Tausende gehende Abszessionen wegen „ungebührlichen Benehmens gegen den Zählungsausschuß“, schändliche Vorfälle zur Bezirksverwaltung, die immer mit großem Lohnverlust für den Arbeiter verbunden waren und noch viele andere ähnliche Mittel wurden angewendet, um den Bezirk so „tschechisch“ zu machen. Und dieses Kartenhaus droht nun am 16. September zusammenzusinken. Und deshalb wird vom Regierungsausschuß und von den Regierungsparteien ein Wahlkampf geführt, der alle Vorgänge, die man einst bei Wahlen in Galizien erlebte, in den Schatten stellt. Regierungsgewalt und Bechtstuhl arbeiten Hand in Hand, um ein dem Volksergebnis gegenüber des Wahlergebnis zu erzielen.

Daß man gleich im Anfang in Ludgerstal den Versuch machte, durch eine Verletzung des Versammlungsgesetzes die Arbeit der Partei zu beeinträchtigen, haben wir schon berichtet. Diesen Versuch wurde ein Riegel vorgeschoben. Heute sieht man in jeder Versammlung eine Anzahl Spiegl, aber sie verhalten sich ruhig, greifen in den Verlauf der Versammlung nicht ein. Die Spiegl sind überhaupt das Zeichen, unter dem die tschechischen Parteien den Wahlsieg suchen. Wo man sich befindet, nirgends ist man vor ihnen sicher. Sie lauern auf jede harmlos gemachte Äußerung, um dann dem Betroffenen den Strick zu drehen. Und wenn sich später schließlich auch herausstellt, daß kein Anlaß zur Bestrafung vorliegt, die Bestrafung durch Gendarmen, die wiederholen, mit Verdienstentzug verbundenen Lausereien, die bleiben. Unerhört ist das Treiben der Regierungskommissäre. Diese und die Agitatoren der tschechischen Agrarier drohen offen; wer bei den deutschen Sozialdemokraten auf der Kandidatenliste steht oder diese wählt, erhält keinen Boden bei der Bodenreform zugeteilt. Regierungskommissäre und auch der Pfarrer Placzek in Buskowitz sagen den Invaliden und Kriegswitwen, daß allen jenen, die sozialdemokratisch wählen, die Rente eingestellt wird. Jeder Pfarrhof ist ein tschechisch-tschechisches Parteibüro, von dem Kanzeln wird gegen die Sozialdemokraten gepredigt. Demnächst wird in der Zuckerfabrik Freiheitsau die Arbeit ausgenommen. Die Regierungskommissäre lassen die Arbeit ausgenommen austrommeln, nehmen die Arbeiter auf. Und da sagen sie jedem sozialdemokratischen Kandidaten, der sich um Arbeit bewirbt, ganz trocken, er bekomme keine, er werde nicht aufgenommen, weil er auf der sozialdemokratischen Kandidatenliste steht. Insbesondere tut dies der Regierungskommissär von Benschau, der allen Arbeitnehmenden erklärt, sie bekommen nur dann Arbeit in der Zuckerfabrik, wenn sie bei der Wahl für die Tschechen agieren. Das zutreffendste Bild des Treibens der tschechischen Machthaber gibt die Rede eines Prager tschechischen Nationaldemokraten, die dieser in einer Versammlung in Köberwitz am vergangenen Sonntag gehalten hat. Dieser, ein gewisser Schafarsch, bezeichnet die Kandidaten der oppositionellen Parteien als staatsgefährlich. Jeder, der die Stimme einer deutschen oder regierungsfreundlichen Partei gibt, wird als Hochverräter betrachtet werden. Weiter drohte er, daß, wenn die Wahlen im Kulschiner Gebiet nicht der Regierung günstig ausfallen werden, sie als unzulässig erklärt werden und die Regierung würde Kommisäre einsetzen. — Ein tschechisches nationales Blatt „Bezručov kraj“ schreibt, nachdem es allerlei dumme irreführende Märchen aufgetischt hat:

Kus all dem ist ersichtlich, daß der Kampf sich nicht um die religiöse Frage drehen wird, sondern vornehmlich, ja ausschließlich um die nationale, da sich die Deutschen unter keinen Umständen zur Aufgabe der unnatürlichen Beherrschung herbei lassen und sie sind auch am Wahltage um Aufbegehren bereit, da in die bedrückten Gebiete bewaffnete Kampftruppen von Turnern und Patenregulieren aus Troppau, Mähr.-Odrau, Freudenthal und Judmantel entsendet werden sollen. Dabei wird es umso bedauerlicher, daß die staatlichen Vertreter der Sache freien Lauf lassen und nicht Vorkehrungen zur Verhinderung einer Gefährdung der Kulschiner Bevölkerung treffen, um allen Auswüchsen des Wahlkampfes die Spitze abzubrechen. Das Ganze ist eine freie Erfindung, denn die Deutsche Nationalpartei und die

Der passive Widerstand geht weiter.

Berlin, 7. September. (Eigenbericht.) In der vorigen Woche fand eine Besprechung zwischen Vertretern der Arbeiter- und Unternehmerorganisationen und der Reichsregierung statt, die zu einer Verständigung darüber führten, unter welchen Bedingungen der passive Widerstand an der Ruhr aufgegeben werden sollte. Heute wird mitgeteilt, daß bei den gestrigen Besprechungen zwischen Regierungskommissären und einigen Abgeordneten aus dem Rheinlande, unter denen sich der Kölner Oberbürgermeister befindet, Nebereinstimmung darüber geherichtet habe, daß der passive Widerstand unter allen Umständen aufrecht erhalten werden müsse. Dazu ist so viel zu sagen, daß die Bevölkerung der besetzten Gebiete die Verständigung will und mit jedem Schritte einverstanden ist, der aus dem jetzigen Zustand herausführt. Das muß einmal dadurch geschehen, daß die Ju-

schutzwirtschaft für das besetzte Gebiet, die nur bestimmten Kreisen des Großkapitals zugute gekommen ist, aufgehört und schließlich eine stabile Währung geschaffen wird. Daneben müssen alle Vorbereitungen getroffen werden, um zu einer Vereinbarung mit der Besatzung zu kommen, die dem gegenwärtigen unhaltbaren Zustand ein Ende macht. In seiner gestrigen Rede vor den ausländischen Journalisten hat der Reichskanzler die Politik seiner Regierung so umrissen, daß in materiellen Dingen der Wille zur Nachgiebigkeit gezeigt werden müsse, daß es dagegen in der Verteidigung des deutschen Bodens keinerlei Nachgiebigkeit geben könne. Diese Politik läßt der Reichsregierung den Spielraum, solche Vereinbarungen mit der Besatzung und den Alliierten zu treffen, die das Interesse des deutschen Volkes wahren.

Günstige Lösung?

Paris, 7. September. (Gavas.) Wie verlautet, ist die von der Völkerbundkonferenz Griechenland und dem Völkerbunde überhandte Note die einstimmige Ansicht der alliierten Delegierten und eine wichtige, ja sogar eine entscheidende Etappe auf dem Wege zur Beseitigung des italienisch-griechischen Konflikts.

Zum Bergarbeiterstreik.

Dem „Pravdo Lidu“ berichtet der vorgestrichene Beschluß der Reichskonferenz der Bergarbeiter, in dem gegen den Minister für öffentliche Arbeiten Stellung genommen wird, Verlegenheiten. Es behauptet zunächst, sich vorläufig einer Kritik dieses Beschlusses der Reichskonferenz zu enthalten, bemerkt aber gleich im nächsten Satz, daß der die Tätigkeit des Ministers kritisierende Beschluß ein Wert der Union der Bergarbeiter ist. Die zusammen mit den tschechischen anarchischen Bergarbeitern für ein radikales Vorgehen im ganzen Konflikt war und heute bereits einzusetzen beginnt, daß ihr Vorgehen nicht glücklich war. Deswegen arbeitet sie mit allen Kräften und allen Mitteln dahin, daß die ganze Verantwortung für die Führung und das Ergebnis des Bergarbeiterstreiks auf den Minister für öffentliche Arbeiten überwälzt wird, wobei sie freilich den politischen

Standpunkt ihrer Partei hervorhebt. Es ist sonderbar, daß ein sozialistisches Blatt den Existenzkampf der Bergarbeiter auf politische Motive der deutschen Sozialdemokraten und der Partei der sozialistischen Einigung (Vereinsgruppe) zurückführen. Hat doch das „Pravdo Lidu“ alle Grundbedingungen der Bergarbeiterkoalition veröffentlicht, welche den wirtschaftlichen Charakter dieses Kampfes hervorheben. Das „Pravdo Lidu“ sagt in dieser Hinsicht heute dasselbe, was vor drei Wochen die Wälder der tschechischen Bourgeoisie „Narodni Listy“, „Narodni Politika“ und „Lenov“ gesagt haben, daß es sich beim Kampf der Bergarbeiter nicht um einen Existenzkampf der Grubenproletarier, sondern um einen politischen Kampf der deutschen und tschechischen sozialistischen Opposition handele. Die Koalition der Bergarbeiter, die den Kampf führt, besteht nicht nur aus Deutschen und Anarchisten, wie das „Pravdo Lidu“ die Vereinsgruppe zu nennen beliebt, sondern auch aus dem Verband der Bergarbeiter, der unter Führung des tschechischen Sozialdemokratischen Abgeordneten Brožil steht. Hat etwa das Zentralorgan der tschechischen Sozialdemokraten die Absicht, zwischen sich und den tschechischen sozialdemokratischen Bergarbeitern einen Trennungsstrich zu ziehen? Ob das für die tschechische sozialdemokratische Partei von Nutzen wäre, das vermögen wir, die wir in die Feinheiten und Geheimnisse regierungsozialistischer Politik nicht eingeweiht sind, nicht zu entscheiden.

Die neue Entscheidung des Völkerbundes über den Minderheitenstreik.

Wir erhalten von einer Stelle, die sich ständig in eingehender Weise mit dem theoretischen und praktischen Studium des Problems der nationalen Minderheiten befaßt, folgende Ausführungen zu der letzten Entscheidung des Völkerbundes über das Verfahren von Minderheitenklagen. Seit ungefähr zwei Jahren wird der Völkerbund von den verschiedensten Seiten, insbesondere von den großen internationalen Organisationen, wie der Union der Völkerbündigen und der Antiparlamentarischen Union bestürmt, das völlig unzulängliche Verfahren über Beschwerden von Minderheiten in zweckdienlicher Weise auszubauen. Immer wieder wurde darauf verwiesen, daß der internationale Minderheitenschutz auf alle Staaten ausgedehnt und je nach der zahlenmäßigen und kulturellen Bedeutung der Minderheiten sowie nach ihren Siedlungsverhältnissen abzustufen sei. Das Verfahren nach dem Grundsatz des beiderseitigen Gehörs ausgestaltet und die Prüfung der tatsächlichen Verhältnisse ermöglicht werden muß. Endlich wurde eine stärkere Verzahnung des ständigen internationalen Gerichtshofes gewünscht und eine Reihe weiterer Vorschläge erstattet.

Leider hat der Völkerbund diese gewichtigen Stimmen, die die Weltüberzeugung sicherlich in höherem Maße verkörpern, als die von dem Völkerbundrate zu seinen Beratungen zugezogenen Vertreter der tschechoslowakischen und polnischen Regierungen, kein Gehör geschenkt und sein letzter Beschluß bedeutet nicht eine Erweiterung, sondern eine Beschränkung. Nichts destoweniger ist die pessimistische Auffassung, die in einem Teil unserer Presse zum Ausdruck kommt, unbegründet. Wenn der Völkerbund verlangt, daß nur Minderheitsbeschwerden zugelassen werden können, die sich mit dem Schutz der Minderheiten im Sinne der Verträge befassen, die „Nicht die Aufhebung der politischen Beziehungen zwischen der Minderheit und ihrem Staate fordern“, und die „in einer geübenden Form abgefaßt sind“, so ist dies nur zu billigen, und hierdurch wird das Gewicht erster Beschwerden nur erhöht. Die Beschwerden der Minderheiten der Tschechoslowakei haben sich bisher stets in diesem Rahmen bewegt und sind auch niemals aus „anonimen oder triben und unzulänglichen Quellen“ geflossen, da sie entweder durch die Parlamentarier oder durch hochangesehene Körperschaften, wie den Verband der deutschen

Selbstverwaltungskörper überreicht worden sind. Die Bestimmung weicht, daß im Falle der interessierten Staat Einwendungen gegen die Zulässigkeit der Beschwerde erheben sollte, der Präsident des Völkerbundes allenfalls unter Zuziehung zweier Mitglieder über die Frage der Zulässigkeit der Beschwerde zu entscheiden habe, ist kein Novum und bedeutet keine Verschlechterung des bisherigen Rechtszustandes.

Daß die dem gellagten Staate gewährte zweimonatliche Frist zur Beantwortung der Beschwerden über seinen Wunsch verlängert werden kann, ist nur billig und wird jedem verständlich sein, der weiß, welchen großen Umfang die vielfach mit geradezu wissenschaftlicher Liebe ausgearbeiteten Beschwerden mancher Minderheiten erreicht haben.

Daß die Beschwerden der Minderheiten und die etwa eingelangten Antworten der beteiligten Regierungen nur mehr den Mitgliedern des Völkerbundes, den übrigen Mitgliedern jedoch nur mehr über Wunsch der betreffenden Regierungen oder über Wunsch des Völkerbundes zugängig werden sollen, bedeutet eine teilweise einschneidende Abänderung der bisherigen Praxis, die sich den Minderheiten nicht zu schaden vermag; nur sie werden Mittel und Wege finden, um ihre Beschwerden den Delegierten und was noch wichtiger ist, der großen Öffentlichkeit zur Kenntnis zu bringen.

Dies ist in kurzen Zügen der Inhalt der neuen Entscheidung des Völkerbundes und ihre Bedeutung. Gänzlich unrichtig ist jedoch die Behauptung des tschechoslowakischen Botschafters, der Völkerbundrat habe im Wesentlichen den Standpunkt des tschechoslowakischen Antrages angenommen, den Dr. Beneš vor einigen Monaten dem Völkerbundrate überreicht und den die Deutsche Völkerbundliga im Wege der Presse publiziert hat. Gerade die für die Minderheiten gefährlichen Bestimmungen des Antrages (so z. B. die Übertragung des Rechtes an den Sekretär, Klagen ohne weiteres abzuweisen) hat sich der Völkerbundrat nicht zu eigen gemacht, wie er auch auf die Frage, wer befugt sei, Beschwerden zu überreichen, nicht eingegangen ist.

Der Beschluß des Völkerbundes zeigt seine Billigkeit auch auf dem Gebiete des Minderheitenschutzes. Er ist sich bewußt, daß er als Hort

der Minderheiten bisher verfügt hat. Von dem minderheitfeindlichen Staate der Kleinen Entente gedrängt, ist er ihren Wünschen scheinbar — aber auch wirklich nur scheinbar — entgegengekommen, allein sein schlechtes Gewissen hat ihn daran gehindert, die ohnedies schlechte Nachslage der Minderheiten weiter zu verschlechtern. Hoffen wir, daß er dem Gegenstande der öffentlichen Meinung, der nunmehr erst recht verstärkt einschlagen muß, bald in der anderen Richtung weichen müssen.

Kleine Chronik.

Häusertransport mit dem Lastauto. Im amerikanischen Staat Michigan befand sich vor kurzem noch ein Dorf, das 1200 Einwohner in etwa 100 Holzhäusern beherbergte. Die Bewohner dieser Häuser waren ausnahmslos als Arbeiter in den großen Sägewerken einer Firma beschäftigt, die die großen Waldungen der Umgebung zwecks Abholzung und industriellen Verwertung angekauft und dazu ein Sägewerk errichtet hatte. Allmählich war das Holz der Waldungen aufgebraucht, und die Firma hatte auf der Suche nach anderer Verwendung für das Werk Forste in der Nähe der Stadt Cadillac erworben. Es lag ihr daran, ihre erprobte Arbeiterschaft weiter zu beschäftigen; dazu war aber die Lösung des Problems, den Arbeitern auf der neuen Arbeitsstätte Wohnung zu schaffen, Voraussetzung. Um Zeit und Geld zu sparen, entschloß man sich, die 100 alten Häuser eins nach dem andern durch Holzwege vom Fundament auf eine Plattform zu heben, die auf Rädern aufgebaut war. Das Geschäft wurde dann an einen starken Lastkraftwagen gekoppelt, der das Haus nach seinem neuen Platz beförderte. In etwa einem Vierteljahr war das ganze Dorf abtransportiert. Jetzt blieb nur noch die 21 Meter hohe Kirche übrig; aber auch diese sollte schließlich auf dem gleichen Wege ihrer Gemeinde.

Die billige amerikanische Luftpost. Als die Vereinigten Staaten im Mai 1918 die erste Flugpostlinie zwischen Washington—Philadelphia—New York eröffneten, gab es gleichzeitig wochs Vorauszahlung der 24-Cents-Taxe für den Flugpostverkehr eine hübsche kleine Flugpostkarte von rotblauer Farbe aus. Der Ertrag dieser Ausgabe gelangte schon im Juni 1918 die Ermäßigung des Postzolls von 24 auf 16 Cents, der am Ende des Jahres eine weitere Ermäßigung auf sechs Cents folgte. Jede dieser Ermäßigungen war von der Ausgabe neuer Flugpostkarten entsprechenden Wertes begleitet, bis im Juli 1919 die Taxe auf zwei Cents ermäßigt wurde, womit die Ausgabe weiterer Sondermarken eingestellt wurde. Seither wurden keine neuen amerikanischen Flugpostmarken mehr ausgeben. Jetzt hat der amerikanische Generalpostmeister beschlossen, wieder auf die Ausgabe von Sondermarken für den Flugpostverkehr zurückzugreifen. Sie sind bereits in Vorbereitung und werden die Werte 10 bis 12, 12 bis 18, 18 bis 26 Cents umfassen, je nach der Bestimmung, für die sie Verwendung finden. Sie sind ausschließlich für den Gebrauch der Luftpost bestimmt.

Eine Bahn, die nie hält. Um das Problem, wie man den übermäßig angeschwollenen Passagierverkehr der Großstädte bewältigen könne, zu lösen, hat ein englischer Passagier einen Plan ausgearbeitet, der soeben in einem dortigen Patentamt praktisch vorgeführt wird. Er nennt seine Idee die „Rolling-Station“ und im Grunde beruht sie auf demselben Prinzip wie die „gleitenden Treppen“, deren sich verlangsamende Bewegung dem Passagier gestattet, ohne Gefahr von ihnen hinab auf festen Boden zu treten. Auch diese Bahn soll nur zwischen den Stationen eine größere Geschwindigkeit, etwa 20 Kilometer in der Stunde, entwickeln, zu den Stationen jedoch auf etwa zwei bis fünf Kilometer heranzumachen, was den Reisenden gestatten würde, aus dem fahrenden Zuge ohne Gefahr den Fußsteig zu betreten. Man würde hierdurch den Zeitverlust, der im Verlangsamten, dem Anhalten und erneuten Antriebe liegt, mit den damit verbundenen Kosten vermeiden. Die Konstruktion besteht aus zwei parallelen Gleisen, für die „Ein-“ und „Rück“-fahrts bestimmt, deren Enden durch Kurven verbunden sind. Zwischen den Gleisen befindet sich eine Spirale, oder Schraubenspur, die von elektrischen Motoren an beiden Enden getrieben wird, und zwar mit konstanter Geschwindigkeit. Die Reife der Wagen, die unaufhörlich auf dieser Bahn kreist, wird, an den Kurven angekommen, um dieselben herumgeführt, und dann zugleich wieder von dem Betriebe der Welle erfasst und weiter befördert zu werden. Die Verminderung der Geschwindigkeit der Wagen wird herbeigeführt durch eine Verminderung der Zwischenräume zwischen den Rädern oder Spiralen der Schraube, während die Geschwindigkeit der Schraube selbst konstant bleibt.

Eine Sortiermaschine für Gemüse und Obst. Ein im Staate Michigan lebender Farmer hat eine Maschine für das Sortieren von Bohnen, Erbsen und alle Arten Obst erfunden. In Betracht kommen sämtliche Gemüse und Obstarten, deren Güte sich durch die Farbe zu erkennen gibt, wie beispielsweise die Bohne, die, wenn sie nicht einheitlich grün gefärbt ist, sondern Flecken zeigt, mindervalig ist. Die Maschine entwirft ein metallenes, von einem elektrischen Strom durchgezogenes Band, über das die zu prüfenden Gemüse und Früchte geführt werden. Spiegelt sich beispielweise bei der Bohne auf der Oberfläche die Farbe normal wieder, so gleitet die Bohne glatt über die Bahn und fällt in einen Korb. Ist aber die Bohne fleckig, rotfarbig oder schwarz, so reagiert sofort das Spiegelband; es erhebt sich seitwärts ein Arm, der die Bohne aufhält und in ein seitliches Gefäß befördert. Auf diese Weise können die minderwertigen Feldprodukte ohne Mithilfe der menschlichen Hand aufs genaueste ausgelesen werden.

Die nächste Ausgabe unseres Blattes erscheint es Doppeltages wegen erst Dienstag früh.

Wie im einzelnen diese Aufgabe durchzuführen ist, das hat Genosse Dr. Silberding bereits dargelegt...

Auch in den leitenden Körperschaften der Gewerkschaften und im Reichswirtschaftsrat beschäftigt man sich in diesen Tagen eingehend mit der Frage der neuen Währung...

Der Boykott der Firma A. Remy, Attilegesellschaft in Wygmael. Wie das Internationale Sekretariat der Lebens- und Genussmittelarbeiter mittelst, beginnt die seit längerer Zeit boykottierte Firma Remy in Wygmael einzulassen...

Die italienischen Gewerkschaften und der Faschismus. Die italienischen Gewerkschaften, die sich nach dem Kriege glänzend entwickelten, haben durch die Gewalt Herrschaft des Faschismus ungenauer gelitten...

Die Fortbildungsschule für Arbeitslose in England. Die englische Regierung hat im Mai d. J. die finanzielle Unterstützung der städtischen Bildungszentren für Arbeitslose aufgehoben...

Schulen, die den Mädchen in erster Linie die Ausbildung zu Dienstboten, den Männern die Erlernung eines Handwerkes gewähren...

Der Konflikt im amerikanischen Kohlenbergbau. Die Zustände im amerikanischen Kohlenbergbau, besonders in der stark trübsinnigen Antraxitzugung, haben, nachdem seit der Beilegung...

Devisenkurse. Die tschechische Krone notiert in: Währ. Wien 10.55.00, Prag 1.585.000.00...

Prager Kurse am 7. September. 100 holl. Gulden 1837.00, 10.000 Mark 0.80, 100 belg. Franks 154.75...

Züricher Schlusskurse am 7. September. Paris 80.60.00, London 25.11.00, Berlin 0.0.10.10...

Kunst und Wissen.

Die Walküre von Richard Wagner. (Neues deutsches Theater, 8. September 1923.) Es gibt kaum ein zweites Werk Wagners, in dem sich das lyrische und dramatische Element der Oper so zu künstlerischer Vollkommenheit vereint...

Neues Theater. Sonntag, den 9. halb 3 Uhr Gastspiel Hofer 'Amor in Nikolsburg'...

Urania.

Die Urania tritt in das achte Jahr ihrer völkerverbindenden Tätigkeit. Ihr stetiges Wachstum kennzeichnet am besten die Zahl von 401 Veranstaltungen...

In 110 Einzelveranstaltungen und Vorträgen, 13 Konzerten, acht Klassiker-Vorstellungen, vier Kulturbühnen-Aufführungen, zehn Jugendveranstaltungen...

Der Mitgliederstand betrug 1922 Personen (gegen das Vorjahr ein Mehr von 1470).

Ran eröffnet die Urania, diesmal schon Mitte September, ihr neues Arbeitsjahr.

1. Die Deutsche Lichtbild-Zentrale, die mit bis nun 120 Lichtbildreihen gleichzeitig die Lichtanstalt für die gesamte deutsche Provinz ist, wird ausgebaut.

2. Die Beziehungen zum Deutschen Theater sollen systematisch gepflegt und so das Interesse der weitesten Bevölkerungskreise für unser erstes Kunstinstitut gehoben werden...

3. Durch Errichtung eines deutschen Kinos, das die Urania mit großen finanziellen Opfern ins Leben ruft, wird endlich auch für den modernsten Zweig der Bildungspflege, die Kulturfilm-Vorführungen, eine würdige Stätte geschaffen werden.

4. Eine neue Abteilung zur Erörterung und praktischen Lösung von Fragen des Berufes und der sozialen Hygiene soll den bisherigen Einrichtungen angegliedert werden.

5. Das 'Moderne Bildungsinstitut', das im ersten Jahre seines Bestandes in 25 Kurien (zehn- und fünfstündig) 23.881 Besucher aufzuweisen hatte, wird in weiterer Ausgestaltung eine gründliche Einführung in alle Bildungswege bieten.

6. Die 'Urania-Reisen' sollen auf Grund der bei den bisherigen Expeditionen gesammelten Erfahrungen in neuer Form fortgesetzt werden.

7. Eine 14tägige Druckschrift, die 'Urania-Nachrichten' wird das laufende Programm und eine Uebersicht über unsere Tätigkeit und die unserer Provinzorganisationen und einen Auszug aus den Vorträgen unserer hervorragenden Gäste bieten.

Der Mitgliedsbeitrag beträgt wie bisher jährlich 10 K für eine Person und 3 K für jede Anschlagkarte, dazu kommt der Bezug der Urania-Nachrichten mit 5 K Jahres-Abonnement für jede Hauptmitgliedskarte.

Eröffnung: Montag, den 17. September, 8 Uhr. 'Liederabend' Paul Bender. Karten 25-7 K, Mitglieder 20-6 K.

Wetterberichte.

Table with 4 columns: Location, Wind direction, Temperature, Weather. Includes locations like Prag, Wien, Budapest, etc.

Turnen und Sport.

Konstanz Wien gegen AC Sparta, heute um 5 Uhr nachmittags. Die unfreier beste Wiener Mannschaft und nach der derzeitigen Aufstellung zu schließen, auch eine der besten Mannschaften des Kontinents, tritt heute in kompletter Aufstellung der Sparta entgegen...

Mitteilungen aus dem Publikum.

Das Beste für Ihre Augen liefert Optiker Deutsch, Prag, Graben 25, Kl. Bazar.

Altstes u. größtes Seidenhaus.

Ephraim Löhl, Prag-Příkopy. Edelsteine na Musik.

Zum Schulbeginne.

Kinder- und Knabenanzüge, Herbstanzüge, Wintermäntel in erstklassiger Ausführung und bester Qualität offeriert Spezialhaus Ferdinand Pirch...

Advertisement for 'Lida' toilet soap featuring an image of the product and the slogan 'Toiletteseife ist gut und immer gleich gut'.

Piering-Seni u. Essig
ist der beste!
zu haben in allen
Konsum-Verleinen.

Die Dollbuchhandlung
Ernst Sattler,
Karlsbad
unterhält ein reichhaltiges Lager jeder Art
Literatur.

Alle nicht lagernden
oder wo immer ange-
fündigten Bücher und
Zeitschriften werden
raschest geliefert.

Alle Bücher
liefert rasch und billig
die

Buchhandlung Freiheit
Teplitz-Schönau,
Theresienstraße Nr. 18.
Großes Lager in preiswert.
Gelegenheitskäufen.
Bestellungen werden mit
auf Wunsch sofortiges.

In einer Stunde

Das Weltall
Philosophie
Weltgeschichte
Sanktgeschichte
Weltliteratur
Deutsche Literatur
Sport, Chemie

Hüter von bekannten Zu-
sätzen wie Färgel, Schütt-
ler, Nibund, Saffar-Cohn
u. a. — Je der Band
gebunden K 8.50.

Su beziehen durch die
Buchhandlung Freiheit
Teplitz-Schönau,
Theresienstraße Nr. 18.

Deutscher Theatergarten
Täglich Militärkonzert
Anfang 3 Uhr

Erlebnisse im Weltkriege
VON ALFRED TOTZAUER.

In diesem Buche, das in einigen Tagen erscheinen
wird, gibt der Verfasser durch die Schilderungen
seiner Erlebnisse, ein furchtbares, erschütterndes
Bild über die sittlichen, moralischen und son-
stigen Schäden des Weltkrieges. — Preis 10 K.

Vorausbestellungen sind an 1801
Alfred Totzauer, Karlsbad, „Volkswille“ zu richten

Kuh & Kretsch
Likörfabrik 1476
Teplitz-Schönau.

Verlangen Sie die führenden amerikan.
prima Schweine - Schmalzmarken und
schönsten Speckschnitte

„Apec“ und „Morrell“

1801 Vertreter für die Cechoslowakei:
Robert Stránský, Prag II., Jungmannova 33.
Drahtanschrift „Rostra“. Telefon 6607

Glas- u. Steingut-Industrie
OTTO LÖWY & Co. 1650
Teplitz-Schönau
Kanzlei Hansstraße 8 Telefon 281
Liefert billigst sämtliche Hohl- und
Präglasawaren und Flaschen. ..

Reine Ansatzhefe 1715
mit besonderer Triebkraft und höchster Halt-
barkeit, garantiert reines Malzmehl u. feinsten
Getreidespirituss als auch Donaturat liefert
Hatscheiner
Zucker-, Spiritus- u. Preßhefe-Fabrik der
Brüder A. & H. May.

ABADIE
Die nächste
Prämien-Verteilung
erfolgt am
30. Oktober 1923.
5000 Prämien
Im Werte von 100.000 K gelangen an
Abadie- und Axa-Raucher zur Verteilung.
Letzter Termin für die Einsendung der Re-
klamemarken u. Zigaretten-Papier-Umschläge
15. Oktober 1923.
Auskunft erteilt das Prämienbureau der
„ABADIE“ Societé & Responsabilité
Limitée, PRAG VIII., Lipanska 361.
Telephon 3832. 9770

Bekleidung

Damenmantel englisch . K 190.—
Damenmantel Tuch . . . K 250.—
Damenmantel Velour . . K 450.—
Damenkostüm englisch . K 280.—
Damenkostüm Kammgarn K 450.—

Herrn-Anzug
von K 125.—

Herrn-Raglan
von K 180.—

Herrn-Redingotes
von K 360.—

Gummimäntel
von K 125.—
aufwärts.



HERBST 1923
BAYER
PRAG I. Celestná 35, vis à vis d. PULVERTURM
GRÖSSTES HAUS DER REPUBLIK FÜR
HEBEN - DAMEN - UND - KINDERBEKLEIDUNG

Bergessen Sie nicht bei der Wahl
ihrer Einkäufe, an die hohen Preise, welche Sie früher zahlten.
Wählen Sie
Einkaufsquellen, wo Sie zu billigsten Preisen kaufen!
Wir bauen unser bisheriges Unternehmen in ein Wohnhaus mit modernster Ein-
richtung um und verkaufen unser derzeitiges Lager ab diese Woche insbesondere:
Schweizer Etamin, färbig, aus reinem Zwirn, doppelt breit K 15.20
ajourter Leinenetamin K 5.20
Stores „ 35.—
Etamin Doppelbettdecken „ 120.—
sowie eine große Zahl echter Stores, Vorhänge und Bettdecken zu halben Preisen.
Madrasstuch, 140 cm breit K 30.—
handgeknüpte Hemden „ 18.—
Schlechte Nachhemden „ 45.—
sowie große Partien feiner Damenwäsche zu ungewöhnlich billigen Preisen.
handgeknüpte Bettüberzüge, beste Qualität K 250.—
Dreitellige farbige Vorhänge „ 45.—
Damentaghemd und Beinleid zweiteil. Garnitur „ 32.—
R. Umschelberg,
Cde ulice 28. října und Cde Perlová ulice.

Damen- und Herren-Schutzmittel
sowie alle Artikel zur hygienischen Körperpflege
liefert in nur prima Qualitäten zu bedeutend
ermäßigten Preisen das 1777
+ Versandhaus „Sanitas“ +
TEPLITZ-SCHÖNAU, Postfach 69-16 a.
Vertreter gegen hohe Provision überall gesucht.
Prospekte kostenlos! Diskreter Versand!

Olmützer Käsel
u. Stangenkäsel
in bester Qualität und billig bei 1714
I. Olmützer Käsefabrik, A. R. Krabě, Olmütz.

Begin des grossen
Herbstverkaules am 8. September.

70 cm Flanell für Wäsche . . . K 4 60
70 „ Kaliko „ „ „ 3 60
75 „ Blandruck „ „ „ 8 60
75 „ Gewebte Moderehente „ 8.—
140 „ Bettuchleinen . . . „ 10.—
Wollcheviot doppelt breit „ 19.—
Herron Flanellhemd . . . „ 16.—
„ Flanell Unterhose . . . „ 16.—
Damen Flanellhemd . . . „ 14 50
„ Flanellbeinkleid . . . „ 14 50

Trikots, Schürzen, Klot, Kaufasse, Da-
mast, Schifftou, Damen- u. Herron-Kleider-
stoffe zu bekannt billigem Preise auf Lager.
Weberel und Wäsehefabrik
OTTO KATZ
Prager Hauptlager Colonná 14.
Kein Laden, nur im ersten Stock.
Kohr Pilsná 114. Libušín bei Kladno.

! Inserieren Sie im „Sozialdemokrat“ !

Herrn Anzüge von K 125.—
Raglans von K 190.—
Stránský — Hybernská.